

Calmer Tagblatt

Nr. 216.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Veröffentlichungswise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche Zeile 60 Hg. Belegpreis Nr. 2. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 3.

Freitag, den 16. September 1921.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugpreis Mt. 12.00 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Bayern und das Reich.

Schwere Beschuldigungen der Münchner Polizei. Die Frage des Verbots des Uniformtragens. Der Reichskanzler für unbedingte Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Berlin, 15. Sept. Im Ueberwachungsauusschuß des Reichstages wird Abg. Müller-Franken (Soz.) darauf hin, daß die 10 bis jetzt erfolgten Verhaftungen erwiesen hätten, in wieweit engem Zusammenhang die Angehörigen der Erhardt'schen Mörderbrigade zu dem Mord an Erzberger ständen. Im übrigen habe er bestimmte Nachrichten, daß der Hochverräter Erhardt in der nahen Umgebung des Münchner Polizeipräsidenten Böhrer gesehen worden sei.

Hierauf verlas der Reichskanzler ein Schreiben des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weismann, vom 14. September 1921, in dem es heißt: Seitens des Oberreichsanwalts sind in den Hochverratsverfahren gegen den Obersten Bauer, Major Pabst und Korvettenkapitän Erhardt Haftbefehle und Stiefbriefe erlassen worden. Alle Bemühungen, der Verfolgung habhaft zu werden, sind in Bayern gescheitert. Bereits im Spätsommer 1920 wurde mir vertraulich mitgeteilt, daß sich die genannten Kapp-Putschführer zum Teil in Bayern aufhalten. Bei der Bedeutung dieser Mitteilung und in Erkenntnis der bereits damals bestehenden Schwierigkeiten eines offiziellen Verkehrs mit den ausländischen bayerischen Behörden habe ich 2 Kriminalbeamte mit dem Auftrage nach Bayern geschickt, die Möglichkeit dieser Mitteilung nachzuprüfen. Diese Beamten haben mir berichtet, daß sich die gesuchten Personen in der Nähe von München verhalten. Ich habe alsdann erneut versucht, auf vertraulichem Wege Nachfragen zu erfahren. Darauf ist mir vor kurzer Frist wiederholt zuverlässig mitgeteilt worden, daß nach wie vor Hauptmann Erhardt und auch die genannten anderen Kapp-Putschführer sich in der Umgebung von München aufhalten. Hauptmann Erhardt geht im Polizeipräsidium ein und aus; desgleichen stehe er im Verkehr mit dem vor einigen Tagen zurückgetretenen Justizminister Roth. Der Oberst Bauer soll, nach der gleichen Stelle, jetzt in Budapest wohnen. Auch er ist aber in letzter Zeit wiederholt in München gesehen und dort mit Erhardt zusammengetroffen.

Abg. Dittmann (Unabh.) führte aus, daß die Feststellungen des Staatskommissars für öffentliche Ordnung die Möglichkeit seiner Behauptungen von dem Bestehen einer deutsch-nationalen Mörderclique in München erwiesen hätten. Die Reichsregierung müsse dafür sorgen, daß die staatsgefährlichen Zustände in München so weit wie möglich aufhören. Abg. Hergt (D.N.) sagte, gegenüber allen verleumdenden Angriffen auf die deutsch-nationale Volkspartei stelle er sich und seine Freunde zu eblicher Vernehmung zur Verfügung, durch die die angeblichen Verbindungen der Partei mit Mordplänen oder Gewalttaten aufgeklärt werde. Er fordere von der Regierung, daß sie hierüber Gebrauch mache. Es sei der Reichsregierung zum Vorwurfe zu machen, daß sie die vom Kommissar Weismann erhobenen Beschuldigungen der bayerischen Regierung nicht mitgeteilt habe. Hergt begründete dann den deutsch-nationalen Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August.

Nach einer ausführlichen Rede des bayerischen Gesandten v. Preger stellt der Reichskanzler Dr. Wirth fest, in der Hauptsache werde das, was in Bayern an Verhörung geleistet werde, von landfremden Elementen betrieben. Er könne aber die Auffassung der bayerischen Regierung nicht teilen, daß die ganze Angelegenheit des Ausnahmezustandes zunächst ruhen solle, bis in Bayern ein neues Ministerium gebildet sei. Ein Aufschub könne die Lage unmöglich verbessern. Daß der Ausnahmezustand in Bayern noch auf weite Zeit hinaus erstreckt werden solle, sei für die Reichsregierung unerträglich. Es sei unmöglich, die bayerischen Forderungen in ihrem ganzen Umfang und ohne weiteres anzunehmen. Ziel und Richtung seiner Politik sei die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Bezüglich der Verordnung des Reichspräsidenten betonte der Reichskanzler ausdrücklich, daß er die volle Verantwortung übernehme. Die Angriffe der Rechten gegen die Verordnung seien ganz verfehlt. Wo in einem Lande sei der Opposition, die mit solchen unverwerflichen Mitteln der Verhörung arbeite, bezügliche Freiheit gewährt worden, wie in Deutschland? Zwei Jahre der Verfassung habe die Reichsregierung diesen geradezu demoralisierenden Aufforderungen zu Gewalt und Mord untätig zugehört. Und das sei vielleicht der einzige Vorwurf, den man der Reichsregierung machen könne. Man müsse aber endlich diesen Verhörungen einen Damm entgegenstellen. Die Verant-

wortung für das Verbot zum Tragen der Uniform übernehme er vollkommen. Die Uniform des ehrlichen deutschen Soldaten sei zu schade, als daß sie zu Parteizwecken mißbraucht werden dürfe.

Abg. Braun-Dulsdorf (Soz.) kritisiert eingehend die Ausführungen des Abg. Hergt (D.N.). — Im Verlauf der weiteren Beratungen führte Abg. Brüninghaus (U.S.P.) aus, die Debatte habe die Veruhigung des Verhältnisses des Reichs zu Bayern nicht gebracht. Der Redner beklagt, daß gleichzeitig mit dem Verbot des Tragens der Uniform Ausführungsbestimmungen herauskamen, durch deren Unterbleiben sich manche Erregung hätte vermeiden lassen. — Reichskanzler Dr. Wirth erklärte, er sei dem Abg. Brüninghaus sehr dankbar, daß dieser die Frage der nationalen Gedentage und die Frage über das Tragen der Uniform des alten Heeres vorgebracht habe. Er habe eine Zeitung vor sich liegen, in der in Bayern die Sedanfeier in einer öffentlichen Versammlung durch die Deutsch-Nationale Volkspartei gefeiert werde. Dort sei General Krafft v. Dellmensingen als Redner aufgetreten, ein Mann, von dem man meinen solle, daß er die Verantwortlichkeit kenne, unter der er stehe, wenn er eine öffentliche Rede halte. Die Rede des Generals sei jedoch erfüllt mit wüster Verhörung gegen die Reichsregierung und gegen die Träger der Staatsgewalt. Der General habe u. a. gesagt, in den Männern, die heute an der Spitze des Reiches ständen, könne er nur die Abwidlungskommission für die einträglichen Geschäfte des Weltkrieges sehen, die Gerichtsvollzieher des Königs Mammon. Ueber die Flagge des Deutschen Reichs habe der General gesagt: Was wir heute als des Reiches Banner führen, ist uns verhasst, nicht weil es ein Symbol alter längst erfüllter Ideale ist, sondern weil es in sich birgt den gelben Judenstreifen". Der Kanzler fragte, was hat der König Mammon und was die Wänderung der Flagge mit der Feier des Sedantages zu tun? Können sich denn die Parteien, die sich selbst national nennen, nicht klar machen, daß die nationalen Gedentage keine Parteitage sind, sondern der stolzen Erinnerung des ganzen Volkes gewidmet sein sollen? Es wurde dem Reichskanzler zum Vorwurfe gemacht, daß die inaktiven Uniformträger durch das Verbot des Uniformtragens als Offiziere in ihrer Ehre beschränkt worden seien und daß insbesondere darauf hätte hingewiesen werden müssen, daß diese Kreise bei der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen herangezogen seien. Das sei geschehen. Das Verbot des Uniformtragens des alten Heeres sei unbedingt notwendig gewesen. Dafür übernehme er die volle Verantwortung. Klarstellen möchte er aber doch mit aller Deutlichkeit, daß in Zukunft die Uniform sehr wohl an nationalen Gedentagen getragen werden solle, nur müßten die zuständigen verantwortlichen Stellen dann in der Lage sein, einem solchen nationalen Gedentag auch das notwendige Gepräge zu geben. Solche nationalen Gedentage dürften nicht nur die Angehörigen einer Partei für sich in Anspruch nehmen, auch die Reichswehr müsse in der Lage sein, sich an diesen Feiern zu beteiligen. Die Frage des Uniformtragens werde also in durchaus loyalen Weise im Verein mit allen zuständigen Faktoren geregelt werden und als Tragen der Uniform des alten Heeres an nationalen Gedentagen werde in gleicher Weise geregelt. Er glaube, daß die Kreise, die jetzt sich gegen das ausgesprochene Verbot gewandt hätten, einst der Reichsregierung dankbar sein würden, daß sie in dieser Frage die Initiative ergriffen habe.

Eine Erklärung des bayerischen Gesandten.

Berlin, 15. Sept. In der Rede des bayerischen Gesandten v. Preger in der heutigen Sitzung des Ueberwachungsauusschusses, auf die der Reichskanzler antwortete, heißt es u. a., der Reichskanzler sei zu der Annahme berechtigt gewesen, daß die bayerische Regierung nach dem Rücktritt Kahr's und beim Fortbestehen der Rumpfregierung Vertreter zu weiteren Verhandlungen hätte nach Berlin schicken können. Inzwischen habe sich jedoch durch den Rücktritt des bayerischen Gesamtministeriums die Situation grundlegend geändert. Denn nach der bayerischen Verfassung führe das zurückgetretene Ministerium lediglich die laufenden Geschäfte weiter und sei nicht in der Lage, Entschlüsse von hochpolitischer Bedeutung, wie sie hier notwendig seien, zu fassen. Zu den vom Reichskanzler verlesenen Bericht des Staatskommissars für öffentliche Ordnung äußerte der Gesandte, wenn dem Staatskommissar Tatsachen, wie sie in diesem Bericht behauptet seien, bekannt wären, so hätte er sie sofort der bayerischen Staatsregierung durch das Reichsministerium oder die preussische Staatsregierung mitteilen lassen müssen, damit diese den ungeheuerlichen darin enthaltenen Beschuldigungen hätte nachgehen können. Was die Stellung des Justizministers Roth anbelange, so habe dieser dem bayerischen Gesandten auf Befragen erklärt, daß er den Kapitän Erhardt persönlich überhaupt nicht kenne und mit ihm in keinerlei Beziehungen stehe. Von dem Augenblick an, wo die Spur nach München wies, sei alles von den bayerischen Polizeiorganen aufgegeben worden, um die Verfolgten zu entdecken. Auch habe der badische Generalsstaatsanwalt ausdrücklich den bayerte-

ischen Vollzugsorganen für ihre tätige Mitwirkung gedankt. Zu einem Eingreifen der Reichsregierung liege keinesfalls ein Anlaß vor, ganz abgesehen von der Frage, ob zu einem solchen Vorgehen eine staatsrechtliche Handhabe existiere. Gesandter v. Preger räumte ein, daß die Reichsregierung nach der Verfassung die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangen könne.

Einberufung des bayerischen Landtags.

München, 15. Sept. Der Landtag ist auf den 21. September, nachmittags, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten.

Auf der Verfolgung der Mörder Erzbergers.

München, 15. Sept. Die Fahndung nach den Tätern, die Erzberger ermordeten, ist momentan zu einem Stillstand gekommen. Neue Verhaftungen fanden nicht mehr statt. Die Verhafteten sind Freunde der Brigade Erhardt und hatten des öfteren, um die Freundschaft weiter zu pflegen, im Schutz- und Truhbund, dem sie angehören, Zusammenkünfte. Am Mittwoch traf ein Bruder des flüchtigen Tillessen hier ein, um sich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Er wohnt in einem hiesigen Hotel und trug sich auch mit seinem richtigen Namen ein. Das machte den Portier stutzig, weshalb er die Polizei von dem angeblichen Hiersein des Tillessen, nach dem gefahndet wird, verständigte. Der Bruder des Tillessen wurde noch nachts einer Kontrolle unterzogen, wobei sich herausstellte, daß die Angabe des Portiers unrichtig war.

Berlin, 15. Sept. Wie aus München gemeldet wird, ist es den vereinigten Bemühungen der dortigen Kriminalpolizei und der badischen Staatsanwaltschaftsbeamten gelungen, Klarheit in die Verhörung zu bringen, der Erzberger zum Opfer fiel. Es handelt sich hierbei um einen der vielen Geheimbünde, die ausschließlich von Landesfremden in Bayern gegründet wurden. Dieser Verhörungsbund, den Eingeweihten als die Organisation D. bekannt, sei durch die Verhaftung der 7 ehemaligen Offiziere jetzt aufgedeckt worden. Es seien noch einige andere Personen festgenommen worden.

Falsche Führten.

Ulm, 15. Sept. Wie der „Ulmer Zeitung" mitgeteilt wird, sind von Montag auf Dienstag die beiden, des Mordes an Erzberger verdächtigten Personen in einem hiesigen Hotel übernachtet. Von Dienstag auf Mittwoch ist der ehemalige Leutnant Tillessen wieder hier in einem andern Hotel übernachtet und hat sich mit seinem vollen Namen in das Fremdenbuch eingetragen. Die Spur wird weiter verfolgt. — Es handelt sich hier um den Bruder des Mörders.

Berlin, 16. Sept. Als Täter bei der Ermordung Erzbergers kommt, wie die Blätter nach einer mehrheitssozialistischen Zeitungskorrespondenz melden, der angebliche Leutnant Hütter, der sich selbst gefelkt hatte, nicht in Frage. Die Abteilung Ia der Berliner Polizei war bereits vorher auf ihn aufmerksam gemacht worden und hat sein Lichtbild der Staatsanwaltschaft nach Offenburg in Baden geschickt. Diese teilte darauf mit, daß Hütter als Täter nicht in Frage kommt.

Nach derselben Quelle werden in den nächsten Tagen die Bildnisse von Tillessen und Schulz plakatiert werden, um ihre Verfolgung zu erleichtern.

Die Frage der Aufbringung der Reparationsforderungen.

Berlin, 15. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers haben in letzter Zeit mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden. Gegenstand war die erste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reichs. Von allen Seiten wurde der gute Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken, dem Reich die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die Verhandlungen sind auf diesem günstigen Boden des Verständnisses und des Entgegenkommens weit fortgeschritten. Um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, bedarf es jedoch noch der Fühlungnahme mit weiteren produktiven Ständen des deutschen Wirtschaftslebens. Die Nachrichten, welche über diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, sind im wesentlichen Vermutungen und Behauptungen. Die Besprechungen, die zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die je eine Regierung zu führen hatte und der deswegen die sorgfältigste Würdigung aller um den Wiederaufbau Deutschlands besorgten Kreise verdienen, werden mit Vertretern der Bankwelt, sowie auch mit solchen der Landwirtschaft in rascher Folge weitergeführt werden.

Berlin, 15. Sept. Die „Vossische Zeitung" erklärt, daß gestern in der Reichskanzlei Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und hervorragenden Vertretern der deutschen Industrie und Bankwelt statt-

beginnt im Saale

erum eine

stunde

schrittene Paare

ennen sich noch

en und Herren an

ar-Kurs beteiligen.

gsvoll

, Tanzlehrer

raße 175.

Feier

in Unterhaugstett

entfleser,

chler, Unterhaugstett.

inger,

öttinger, Hirfan.

in Monakom.

Beinberg.

anladung.

ndie, Freunde und Be-

tag, den 17. Septbr.

Feier

das Gasthaus zum

sonntag, den 18.

asthaus zum „Röhl"

einuladen.

gherr,

schultze, Kapfenhardt.

tschler,

Röhlswirt, Beinberg.

in Liebenzell.

önliche Einladung ent-

benzell.

teigerung

Bohnhauses

, nachmittags 3 Uhr,

lebenzell, zur freiwilligen

1 ar 60 qm zweistöckiges

baum. Eine 3-4-Zimmer-

gen.

g habe ich einen

Stallung,

schliebhaber freunde

mann Wolf.

LANDKREIS CALW

Kreisarchiv Calw

gefunden haben. Offenbar hat es sich darum gehandelt, wie dem Reiche für die Reparationsleistungen ausreichend Gold und Devisen beschafft werden könnten. Die Besprechungen seien noch nicht abgeschlossen. Die Vertreter der Industrie und der Banken hätten sich bereit erklärt, mit Hilfe ihres Devisengeschäfts und der Finanzsicherung ihres Auslandskredits durch Belastung von Sachwerten dem Reiche Goldwerte zu verschaffen. In diesem Falle könnte die Regierung den nächsten Reparationsterminen ruhig entgegensehen. Auch der Markkurs würde sich heben. Die Beschaffung von mehreren Milliarden Gold auf diesem Wege könnte nicht ohne Einwirkung auf die Gestaltung der Steuerverordnung bleiben, insbesondere hinsichtlich der Erfassung der Goldwerte.

Die Haltung der Industrie.

Berlin, 16. Sept. Ueber die Beweggründe, von denen der Reichsverband der deutschen Industrie bei den Verhandlungen mit den Regierungsvertretern über die Kreditbeschaffung ausgegangen ist, geben mehrere Blätter folgende Darstellung: Der Reichsverband der deutschen Industrie ist der Meinung, daß, nachdem das Ultimatum angenommen worden ist, alle Kräfte angestrengt werden müssen, um zu seiner Erfüllung beizutragen. Man rechnet damit, daß es der Industrie möglich sein wird, etwa 1-1½ Milliarden Goldmark aufzubringen und dadurch der Inflation auf dem Geldmarkt Einhalt zu tun. Man erhofft außerdem von dieser Aktion der Industrie eine Entlastung der letzten durch die fortgesetzten Devisenankäufe des Reichs geschaffenen katastrophalen Lage der deutschen Valuta. Bei den Beratungen wurde übrigens von den Vertretern der Industrie gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Industrie eine Verberierung der jetzigen Regierungskoalition für dringend notwendig erachtet, damit namentlich auch die Kreise der deutschen Wirtschaft angesichts dieser gewaltigen Leistungen für das Reich in der deutschen Regierung mitvertreten sind.

Die Verantwortung der Entente für die schweren Schädigungen unseres Wirtschaftslebens.

Berlin, 15. Sept. Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rats vom 14. August 1921 war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September 1921 ins Auge gefaßt, wenn bis zum 21. August die volle Goldmilliarde bezahlt und wenn die deutsche Regierung ihre Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zwecks Verhütung von Diskriminationen bei Erteilung von Aus- und Einfuhrgenehmigungen für das besetzte Gebiet erteilt hätte.

Die deutsche Regierung hat die völlige Zahlung geleistet und ihre grundsätzliche Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zur Verhütung von Diskriminationen in ihrer Note vom 25. August ausgesprochen. Eine Antwort ist ihr bisher darauf nicht erteilt worden. Die schweren wirtschaftlichen Folgen, die das Wirtschaftsleben nicht nur des besetzten Gebiets, sondern ganz Deutschlands durch das Fehlschlagen der von den Alliierten durch ihre Ankündigung erweckten Hoffnungen erleidet, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den alliierten Regierung verantwortet werden.

Die Tagung des Völkerbunds.

Endgültige Wahl der Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs.

Genf, 14. Sept. Die Völkerbundsversammlung trat heute vormittag zu ihrer 11. Sitzung zusammen, um die für den internationalen Schiedsgerichtshof vorgesehenen 11 Richter zu wählen. Gleichzeitig nahm der Völkerbundsrat die Wahl der Richter vor. Ueber die meisten Kandidaten war sachlich längst eine Einigung erzielt worden. Der schweizerische Delegierte Ador, dessen Kandidatur die französische Delegation aufgestellt hatte, lehnte diese neue Ehre ab. Der bekannte schweizerische Richter Professor Max Huber ist nunmehr der einzige schweizerische Kandidat. Verschiedene andere Persönlichkeiten von internationalem Ruf haben ebenfalls Kandidaturen abgelehnt. Drei Wahlgänge sind vorgesehen. Die Richter werden auf 9 Jahre gewählt und sind wieder wählbar. Die Wahl gestaltete sich außerordentlich verwickelt. Im ersten Wahlgang wurden 9 Mitglieder gewählt und zwar: Albumira-Spanien mit 23 Stimmen, Abarez-Chile mit 24 Stimmen, Anzilotti-Italien mit 24 Stimmen, Barboza-Brasilien mit 27 Stimmen, Loder-Niederlande mit 24 Stimmen, Oda-Japan mit 29 Stimmen, Weiß-Frankreich mit 30 Stimmen. Diese Kandidaten haben das absolute Mehr erreicht und sind so zu Mitgliedern des internationalen Gerichtshofs gewählt unter der Voraussetzung, daß sie auch die Mehrheit der Stimmen im Völkerbundsrat erhalten. Es sind noch zwei Mitglieder zu wählen und auf Antrag Fernandes-Brasilien wurde beschlossen, daß die Abstimmung, genau wie beim ersten Wahlgang, freigegeben wird. Beim zweiten Wahlgang wurde Moor-Bereinigtes Staaten gewählt. Ein dritter und vierter Wahlgang zur Wahl des 11. Richters für den Internationalen Schiedsgerichtshof blieb ergebnislos, sodaß ein fünfter Wahlgang vorgenommen werden muß. Dieser wurde auf heute nachmittag verschoben. Schluß halb 12 Uhr.

Genf, 15. Sept. Die 12. Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde gestern vormittag vom Präsidenten eröffnet, um zur Wahl der noch fehlenden zwei Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs zu schreiten. In diesem fünften Wahlgang, an dem sich 42 Staaten beteiligten, wurden schließlich gewählt: Huber-Schweiz und Nyholm-Dänemark. Die von der Versammlung definitiv gewählten Richter sind demnach folgende: Albumira-Spanien, Anzilotti-Italien, Barboza-Brasilien, Debussan-Mexiko, Finley-England, Loder-Niederlande, Moor-Bereinigtes Staaten, Oda-Japan, Weiß-Frankreich, Huber-Schweiz und Nyholm-Dänemark. Sodann wurde zur Wahl der Ersatzrichter geschritten. An der Wahl, die sich besonders schwierig gestaltete, beteiligten sich 42 Staaten. Trotz fünf Wahlgängen führte sie zu keinem endgültigen Ergebnis. Von der Völkerbundsversammlung wurden nach mehreren Wahlgängen gewählt: Abarez-Chile, Regelusku-Rumänien, Wang-China und Jovanowitsch-Jugoslawien, vom Völkerbundsrat dagegen: Descamps-Belgien, Regelusku-Rumänien, Wang-China und Jovanowitsch-

Jugoslawien. Damit waren die drei letzteren von der Völkerbundsversammlung und vom Rat endgültig zu Ersatzrichtern gewählt. Die Wahl des vierten Ersatzrichters führte trotz mehrerer nochmaliger Wahlgänge zu keinem Ergebnis, da die Völkerbundsversammlung stets Abarez und der Rat stets Descamps mit Stimmenmehrheit wählte. Abarez-Japan schlug daher die Einsetzung einer Verständigungskommission vor, welcher Antrag von Branting-Schweden unterstützt wurde. Auf Antrag Fisher-England wurde darauf die Wahl auf morgen verschoben. Nach einer Erörung Dantes durch die Versammlung schloß um 8 Uhr abends die Sitzung. Die nächste Sitzung findet morgen vormittag 10 Uhr statt.

Kritik des griechischen u. norwegischen Delegierten über die Behandlung der Abrüstungsfrage.

Genf, 15. Sept. Der norwegische Delegierte Lange hielt in der heutigen Völkerbundsversammlung eine ausführliche Rede über die Abrüstungsfrage. Lange erklärte, es sei unzulässig, daß diese Fragen der permanenten Militärkommission anvertraut werden, die sich aus Militär und Vertretern der verschiedenen Kriegsmilitarier zusammensetzen. Es sei selbstverständlich, daß in einer solchen Kommission nicht der Völkerbundsgeist, sondern vor allem der militärische Geist zum Ausdruck kommen müsse, von dem man keine Förderung der Abrüstungsangelegenheit erwarten könne.

Genf, 15. Sept. Aus den Reden des norwegischen Delegierten Lange und des griechischen Delegierten Frangulis in der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung ist noch nachzutragen, daß die Rede des griechischen Frangulis eine Kritik darstellte, die in ihrer Form maßvoll und höflich, in ihrem Inhalt aber überaus scharf war. Der Inhalt läßt sich zusammenfassen in dem Satz: Der Völkerbund hat bis jetzt nichts für die Abrüstung getan, die doch seine wesentlichste Aufgabe sein sollte. — Der Norweger Lange sagte, von den Beschlüssen der vorjährigen Versammlung sei keiner ausgeführt worden. Es sei einfach alles unter den Tisch gefallen. Die Ursache liege darin, daß der Rat, der eine selbständige Kommission ernennen sollte, die Aufgabe der ständigen Militärkommission übergab, die naturgemäß durchaus unzulänglich war. Diese Kommission habe ihre Aufgabe lediglich in der Sammlung des militärischen Nachrichtensmaterials gesehen, das die verschiedenen Staaten ihr liefern wollten. In ihrem Bericht habe die Kommission erklärt, daß die Großmächte, die dem Völkerbund angehören, diese Nachrichten nicht freiwillig geben würden. Es sei das Schlimmste, daß der Völkerbundsrat sich die Schlußfolgerungen der Kommission zu eigen gemacht habe, d. h. selbst auf dem Standpunkt stehe, daß die von dem Rat vorgeschriebenen Ermittlungen über die Abrüstungsfrage nicht einzufordern seien. Es bestehe die Tatsache, daß die Abrüstungsfrage in die Hände einer aus Militärs zusammengesetzten Kommission gelegt worden sei. Der Redner fragte, ob es ehrlich den internationalen Beziehungen entspreche, wenn man die militärischen Vorbereitungen geheim halte, sodaß die Völkerbundsmitglieder, wenn sie sich um den grünen Tisch zusammensetzen, in der Tasche den Revolver hielten, um ihn gegebenenfalls gegen die Staaten zu erheben, mit denen sie verhandelten. Im letzten Jahr habe man mit der russischen Kriegsdrohung operiert, um die Abrüstung zu verzögern. Dieses Jahr sehe man sich einem hilfesuchenden Rußland gegenüber. Es sei zu verwundern, wenn man mit Rücksicht auf die Washingtoner Konferenz die Abrüstungsfrage im Völkerbund verzögere. Lange stellte sich auf den Standpunkt, daß die Rüstungen Mißtrauen säen und dazu führten, daß jeder Staat in seinem Nachbarn einen Feind erblicke. Wenn man nicht ernst in der Abrüstungsfrage vorwärts schreite, werde die Krise, die dem Völkerbund drohe, diesem verhängnisvoll werden.

Balkan- und Orientfrage.

Genf, 15. Sept. Beim Generalsekretariat des Völkerbundes liegt ein montenegrinischer Protest gegen die Einverleibung Montenegros in den jugoslawischen Staat vor. Er ist unterzeichnet von Dr. Schöhl, Minister des Äußeren des Königreichs Montenegro.

Genf, 15. Sept. Der griechische Delegierte Frangulis hielt eine lange mit großem Beifall aufgenommene Rede über die allgemeinen Probleme des Völkerbunds, die albanische Frage und die Lage im Orient. Er sprach sich für eine möglichst große Erweiterung des Völkerbundes aus, forderte, daß die Delegierten nicht nur ihre Länder, sondern die ganze Menschheit vertreten. Er betonte, die Ansprüche Griechenlands auf Kordeiros und das Recht Griechenlands auf die Durchführung seines Kampfes gegen die Türkei. Griechenland müsse allein das große Werk im Orient vollenden. Diese Ausführungen wurden allgemein ohne Widerspruch aufgenommen.

Die Frage der Aufnahme von Lettland u. Litauen in den Bund.

Genf, 15. Sept. Die Kommission des Völkerbunds für die Prüfung der Aufnahmeversuche hat beschlossen, der Versammlung die Aufnahme von Lettland und Litauen zu empfehlen.

Lösung der oberschlesischen Frage auf Grund der Sforza-Linie?

Paris, 15. Sept. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus Genf soll der Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage eine Lösung beabsichtigen, die ungefähr der vom Grafen Sforza vorgeschlagenen entspricht.

Zur auswärtigen Lage.

Immer noch keine Entscheidung im österreichisch-ungarischen Grenzkonflikt.

Wien, 15. Sept. Nach einer sicheren Meldung wird bekannt, daß ein im Gefecht bei Kirchschlag gefangen genommener Wehrmann von den Ungarn erschossen und ein zweiter, der einen Kopfschuß hatte, gefangen wurde.

Wien, 16. Sept. Gestern abend reiste nach mehrtägigem Aufenthalt der italienische Minister des Äußeren, Marchese della Torretta, wieder nach Rom ab.

Graz, 16. Sept. Wie die „Tagespost“ meldet, wollten am 12. September nachmittags mehrere Bänder Giftgas in der Steiermark überfallen. Sie feuerten etwa 150 Schüsse ab, wurden jedoch von der Gendarmrie, die Verstärkungen erhalten hatte, zurückgeschlagen und vertrieben. Die Bänder schossen

sogar auf Kinder, die Blei hüteten. In Suersdorf wurde ein Haus ganz zerstört.

Die Verschönerung in Konstantinopel.

London, 15. Sept. Reuter meldet, daß die Verschönerer in Konstantinopel den Scheit-Islam und andere hervorragende türkische Beamte ermorden wollten. Augenblicklich sei noch nicht ersichtlich, wie weit und ob überhaupt der bolschewistische Einfluß mit der Bewegung zusammenhänge. Unter den indischen Truppen wurden zahlreiche aufreizende Schriften verteilt. General Harrington, der in enger Verbindung mit seinen Alliierten handelt, hat Freiheit erhalten, die Lage zu behandeln, die unzweifelhaft ernst ist. Es besteht jedoch Grund zu der Annahme, daß der Bewegung rechtzeitig Einhalt geboten wird.

Der griechisch-türkische Krieg.

Athen, 15. Sept. Durch königliches Dekret ist die Jahressklasse 1922 unter die Fahnen gerufen worden, ebenso alle bis 40 Jahre alten Männer, die seit 1921 die griechische Staatsangehörigkeit erworben haben.

Konstantinopel, 15. Sept. Das kommunistische Kommando vom 12. September meldet, daß die Griechen sich in Unordnung auf der ganzen Front zurückgezogen haben, wobei sie ihre Verwundeten und Kriegsmaterial, besonders Automobile, im Stich ließen.

Die Kämpfe in Spanisch-Marokko.

Paris, 15. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Rabat sind Nachrichten von Bedeutung aus Marokko nicht eingetroffen. Am Nachmittag fand ein Ministerrat statt. Nach seiner Beendigung erklärten die Minister, daß sie keinerlei Nachrichten aus Milla hätten. Am Milernacht wurde ein Bericht veröffentlicht, wonach die Artillerie von Soguru aus die Umgebung von Melilla bombardiert hat. Die Mauern hätten spanische Kolonnen angegriffen.

Deutschland.

Deutschlands Zuckerverbrauch.

Nach amtlichen Angaben belief sich Deutschlands Zuckerverbrauch in den 10 Monaten September 1920 bis Juni 1921 auf rund 19,10 Millionen Zentner gegen 15,99 und 22,65 Millionen Zentner in den entsprechenden 10 Monaten der beiden vorangegangenen Jahre. In der gleichen Zeit wurden an ausländischem Zucker in Deutschland verbraucht rund 609 000 Ztr. gegen 1 035 600 und 523 500 Ztr. in den entsprechenden 10 Monaten der Jahre 1919-20 und 1918-19.

Eintreffen der 1. italienischen Truppenverstärkungen in Oberpforten.

Doppelt, 15. Sept. Heute ist der erste Transport italienischer Truppen zur Verstärkung der Besatzung eingetroffen. Die Engländer besetzten gestern Lipine, die Besetzung weiterer Orte wird folgen.

Die Unruhen in Mitteldeutschland vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. Sept. Der Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags vernahm heute den Staatskommissar für öffentliche Sicherheit, Dr. Weismann. Der Zeuge war Begleiter der Polizeiaktion, weil sie einen kommunistischen Aufruf heraus rufen mußte. Er habe seine Besorgnis dem Ministerialdirektor Abegg mitgeteilt. Eine Rote Armee habe höchstens auf den Papier gegeben. Bestanden hätten aber Kampfororganisationen. Diese seien in den verschiedenen Gegenden Deutschlands mit gerichtlicher Hilfe vernichtet worden. In der Provinz Sachsen sei die Sache aber noch nicht reif gewesen. Die Hauptorganisation sei auch erst in der Entfaltung begriffen gewesen. Am Donnerstag fand eine Chefbesprechung in der Reichsanstalt statt. Minister Severing begründete dort die Polizeiaktion und zerstreute die Bedenken. Entwaaffnungskommissar Peters schloß sich ihm an. Der Zeuge habe jedoch widersprochen. Peter habe erklärt, die paar Waffen hole er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufruf sei dann tatsächlich ausgebrochen. Der Aufruf sei keine Repressalie gegen die Polizeiaktion gewesen, sondern ein richtiger kommunistischer Aufschrei. Der Zeuge ist bereit, unter Eid zu behaupten, daß Bela Kun zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland gewesen sei. (Hört, hört!) Er sei der bekannte Turkestaner. Rußland habe den Aufruf unterstützt.

Berlin, 14. Sept. In seiner weiteren Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß bekundete Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, Weismann, auf Befragen, die privaten Nachrichtenstellen hätten die Bevölkerung sehr beunruhigt. Wenn ein Roter Armee-Plan in der Deutschen Tageszeitung erschienen sei er ein paar Tage taub, weil dauernd das Telefon klingelte und Beweise dagegen könne er leider den beunruhigten Behörden nicht geben. Vor allem entsetze die Gefahr, daß man nicht mehr Schotes vom Unrechten unterseide und Schuldige gewonnen werden können. Die Leiter der Magdeburger Spitzelzentrale seien ihm lange bekannt gewesen. Von Rechtsputschbestrebungen sei dem Zeugen aus Mitteldeutschland nicht das geringste bekannt. Bei der Spitzelzentrale sei eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden, bei der sich falsche Dokumente fanden. Diese Leute, die sich als große Politiker aufspielten, sahen jedoch Schwindler aus. Es könne sein, daß sie guten Glaubens waren. Er wisse natürlich nicht positiv, daß der „Kurdistaner“ Bela Kun gewesen sei. Aber Bela Kun sei in Mitteldeutschland gesehen worden. Die kommunistische Partei habe auf Befehl Bela Kun einen Aufruf machen müssen, sei aber mit den Vorbereitungen noch nicht fertig gewesen. Lenin habe aber recht man habe die Polizeiaktion als gute Gelegenheit benutzt, die Arbeiter zum Aufruf zu hegen. — Der Zeuge Hundt, Wirtschaftswissenschaftler nach dem Gefecht Arbeiter, die sich ergeben hatten, seien noch in der Haft. — Staatskommissar Dr. Weismann bekundete in seiner fortgesetzten Vernehmung, es sei genügend Beweismaterial für eine direkte Verbindung mit Moskau vorhanden gewesen.

Frankfurter Nachrichten mit Dyan... damit man dan... folgen.“ Diese... Mengen Dyan... Anschlag verüb... komme seine W... Es können auch... Belohnung nach... ein. Auf diese... nach Holz beh... Berlin, Arbeit, D... Gefahr ein... habe. Die We... lächerliche Lieb... solche Nachrid... Realistisches... gang wo ander... sie werde durch... mehr zum Vor... schon lange ver... habe sich als r... bestehen, sei be... aber er habe g... gelaktion sei vo... um einen gewo... Provinz mit z... eing könne man... er selbst seien... wesen, der die... paar Tage bis... munistischen R... es für besser gel... informiert wor... Konferenz in W... eine Verschleu... Vorbereitungen... nicht an den V...

Veran... Von zuzü... Beratungsstelle... Landesgewerbe... Baugewerbes u... Gewerbebezweige... allen den Hoch... künstlerischer S... Lustige werde... streck sich von... alle Arten von... Art der Geme... Umbauten, Ga... Kriegerelemente... Verbesserung... ten und Ulag... Einzelfragen, u... struktionsarten... wie über Post... Statistik und b... und Lüftung... Beratung stehen... von Materialien... die ständig erw... Selbstkostenpreis... legen, Preislist... Lichtbilder u... eine Mode... geliehen und k... Beratungsstelle... erarbeitet werde... erfolgt während... läbe und zeich... haben. Für Be... Beratungsgebüh... gebracht. Die B... Rangliststraße 34... Die Dienststun... Feuerun... Die für die... der Feuerungs... Feuerungszeu... Konzeptions- u... schläge der Ruß... Wirkung vom 1... tracht kommen... Feuerungszeu... jenigen Altweis... Personobergänzu... die daher der Zeu... bes noch nicht i... weiteren Vorfö... 1. August 1921

Bon de... Bei den wü... Juni ds. Jz. a... mit Lebens- und... In 319 Fällen i... kann. In über... werden. Nur 32... Zahlen sind aber... abgeteilt. Für...

Stuettgarter Material weise eine Moskauer Welsung auf: „Zeh...
antigopel.
dass die Verschwörer in
andere hervorragende
genblich sei noch nicht
der bolschewistische Ein-
Unter den indischen
Schriften verteilte. So-
ndung mit seinen Mit-
die Lage zu behandeln,
doch Grund zu der An-
Einigkeit geboten wird.
e Krieg.
Dekret ist die Jähre-
worden, ebenso alle bis
die griechische Staats-
nunistische Kommunisten
sich in Unordnung
wobei sie ihre Ver-
Automobile, im Stütz-
h-Marokko.
sammlung aus Marokko
Marokko nicht eingegan-
rat statt. Nach seiner
sie keinerlei Nachrichten
wurde ein Bericht von
uru aus die Umgebung
lauren hätten spanische
b.
erbrauch.
Deutschlands Zudecke-
920 bis Juni 1921 auf
5,99 und 22,65 Milli-
0 Monaten der beba-
ucht rund 609 000 Zt-
den entsprechenden 19
-19.
ienischen
Oberflächen.
erste Transport Italiens
ung eingetroffen. Die
Befehung weiterer Det-
Deutschland
auszusch.
agsauschuss des neufr-
nationsminister für diese
wege war. Gegner der
sich den Aufstieg herwo-
dem Ministerialdirektor
habe höchstens auf den
Kampfororganisationen.
enden Deutschlands mit
in der Proving Sachsen
en. Die Hauptorganisa-
ionen gewesen. Am Schlu-
in der Reichstags-
die Polizeidirektion und
Kommissionar Peters (siehe
widerprochen. Peter
mit einem Kriminalrat
tatsächlich ausgebrochen.
die Polizeidirektion ge-
cher Pulsch. Der Abge-
Bela Kun zur Zeit bei
in sei. (Hört, hört!) Er
habe den Zustand un-
en Vernehmung vor dem
Kommissionar für die
Befragen, die privaten
sehr beunruhigt. Wenn
Tageszeitung erscheine,
ab das Telefon klingelt
den beunruhigten Befo-
e Gefahr, dass man nicht
und Schuldige genannt
deburger Spitzelzentrale
Rechtspolizeibehörde
land nicht das geringste
eine Hausdurchsuchung vor-
dokumente fanden. Peter
auffpielten, sahen jeden
den guten Glaubens waren.
der „Kurdistaner“ Peter
in Mitteldeutschland ge-
hei habe auf Befehl Peter
ei aber mit den Worten
Lenin habe aber recht-
Gelegenheit benutzt, die
Zeuge Humbt, Bischoff
er habe gesehen, dass
sich ergeben hatten, er
sei ein Offizier ange-
Beißmann bekundete in
genügend Beweismaterial
stam vorhanden gewesen.

Frankfurter Material weise eine Moskauer Welsung auf: „Zeh...
antigopel.
dass die Verschwörer in
andere hervorragende
genblich sei noch nicht
der bolschewistische Ein-
Unter den indischen
Schriften verteilte. So-
ndung mit seinen Mit-
die Lage zu behandeln,
doch Grund zu der An-
Einigkeit geboten wird.
e Krieg.
Dekret ist die Jähre-
worden, ebenso alle bis
die griechische Staats-
nunistische Kommunisten
sich in Unordnung
wobei sie ihre Ver-
Automobile, im Stütz-
h-Marokko.
sammlung aus Marokko
Marokko nicht eingegan-
rat statt. Nach seiner
sie keinerlei Nachrichten
wurde ein Bericht von
uru aus die Umgebung
lauren hätten spanische
b.
erbrauch.
Deutschlands Zudecke-
920 bis Juni 1921 auf
5,99 und 22,65 Milli-
0 Monaten der beba-
ucht rund 609 000 Zt-
den entsprechenden 19
-19.
ienischen
Oberflächen.
erste Transport Italiens
ung eingetroffen. Die
Befehung weiterer Det-
Deutschland
auszusch.
agsauschuss des neufr-
nationsminister für diese
wege war. Gegner der
sich den Aufstieg herwo-
dem Ministerialdirektor
habe höchstens auf den
Kampfororganisationen.
enden Deutschlands mit
in der Proving Sachsen
en. Die Hauptorganisa-
ionen gewesen. Am Schlu-
in der Reichstags-
die Polizeidirektion und
Kommissionar Peters (siehe
widerprochen. Peter
mit einem Kriminalrat
tatsächlich ausgebrochen.
die Polizeidirektion ge-
cher Pulsch. Der Abge-
Bela Kun zur Zeit bei
in sei. (Hört, hört!) Er
habe den Zustand un-
en Vernehmung vor dem
Kommissionar für die
Befragen, die privaten
sehr beunruhigt. Wenn
Tageszeitung erscheine,
ab das Telefon klingelt
den beunruhigten Befo-
e Gefahr, dass man nicht
und Schuldige genannt
deburger Spitzelzentrale
Rechtspolizeibehörde
land nicht das geringste
eine Hausdurchsuchung vor-
dokumente fanden. Peter
auffpielten, sahen jeden
den guten Glaubens waren.
der „Kurdistaner“ Peter
in Mitteldeutschland ge-
hei habe auf Befehl Peter
ei aber mit den Worten
Lenin habe aber recht-
Gelegenheit benutzt, die
Zeuge Humbt, Bischoff
er habe gesehen, dass
sich ergeben hatten, er
sei ein Offizier ange-
Beißmann bekundete in
genügend Beweismaterial
stam vorhanden gewesen.

Deutscher Evangelischer Kirchentag.
ep. Stuttgart, 13. Sept. Am Dienstag nachmittag stand das
dritte bedeutungsvolle Thema dieses Kirchentages „Die evange-
lische Kirche und die Schule“ auf der Tagesordnung. Der bay-
rische Kirchenpräsident D. Veit erstattete den Bericht. Ein Zei-
chen der brennenden Wichtigkeit dieses Gegenstandes waren die
überfüllten Galerien. Der Redner ging davon aus, daß die
Schule nicht zum Kampffeld, sondern zum gemeinsamen Saat-
feld werden soll. Das Ziel der Erziehung soll nicht nur die
Bildung der Einzelpersonlichkeit, sondern zugleich ihre Einglie-
derung in die großen Lebensgemeinschaften: Familie, Volks-
gemeinschaft, Staat und Kirche sein. Alle diese Lebenskreise
sind gleichmäßig berücksichtigt in dem christlichen Erziehungs-
ziel; als dieses ist zu bezeichnen „der Mensch Gottes“. Die
Schule hat an der Erziehungsfrage einen wichtigen Anteil, da sie
nicht bloß Lernschule, sondern Erziehungsschule im Dienste der
das Leben umspannenden Gemeinschaften sein soll und will.
Aber die Kirche hat dabei auch mitzumirken. Die Trennung
von Kirche und Schule darf daher nicht etwa den Streit der bei-
den Erziehungsfaktoren um die Seele des Kindes bedeuten, son-
dern soll nur veraltete Rechtsformen beseitigen um die natür-
lichen inneren Beziehungen zwischen Schule und Kirche in bessere
Form zu bringen. Die Kirche sagt nämlich insofern in die Schule
hinein, als in letzterer die von ihr getaufte Jugend sitzt und der
Lehrer, wenn er das evangelische Erziehungsziel verfolgt, sich
als Diener des Evangeliums und Glied der Kirche betätigt.
Die evangelische Kirche läßt der Schule volle Freiheit in ihrer
Ausgestaltung und freut sich jeden Fortschritts echter Volksbil-
dung, da die evangelische Frömmigkeit ertüchtliche Menschen
fordert. Um der innerlichen Einheitlichkeit des Schullebens wil-
len ist ihre Erziehungsziel am besten in der Volksschule auf-
gehoben, welche in allen Fächern des Gehirnsunterrichts, in
Lehrbüchern, Lehrpersonlichkeit und Behandlung der Schüler
vom Geist ihres religiösen Lebens getragen wird und befruchtet
ist. Die Kirche denkt nicht daran, die frühere Unterordnung der
Schule unter die kirchliche Aufsicht wieder aufzurufen zu wol-
len. Wenn die an sich wünschenswerte Einheit unseres Schul-
wesens durch die reichsgerichtliche Ermöglichung verschiedener
Schularten dahinschwimmt, so entspricht dies der inneren Zer-
spaltenheit unseres Volkes, die sich funktlich nicht beseitigen läßt,
und dem Erziehungsrecht der Eltern. Pflicht evangelischer El-
tern ist es, ihre Kinder, wenn immer möglich, der evangelischen
Volksschule zuzuführen, wenn endlich in allen Schularten der
Religionsunterricht nach den Grundsätzen der betreffenden
Religionsgemeinschaft erteilt werden soll, so kann für den evan-
gelischen Religionsunterricht nicht der Staat, sondern nur die
Kirche diese Garantie durchzuführen, wobei sie im weitesten Maße
die Religionslehrer selbst zu Hilfe nehmen und die Frage
Kirche und Schule im Geiste der Eintracht lösen wird. (Leb-
hafter Beifall.) Hierauf wird ein Schulauschuss von 45 Mit-
gliedern eingesezt.

Aus Stadt und Land.
Calw, den 16. September 1921.
Beratungsstelle für das Baugewerbe.
Von zuständiger Seite wird dem CVV. mitgeteilt: Die
Beratungsstelle für das Baugewerbe ist eine Einrichtung des
Landesgewerbeamts und hat die Aufgabe, die Angehörigen des
Baugewerbes und der mit diesem in näher Beziehung stehenden
Gewerbezeige, sowie die Staats- und Gemeindebehörden in
allen den Hochbau betreffenden Fragen in technischer und
künstlerischer Hinsicht unparteiisch zu beraten. Private Bau-
tätige werden grundsätzlich nicht beraten. Ihre Tätigkeit er-
streckt sich vornehmlich auf die Beurteilung von Entwürfen für
alle Arten von Neubauten (auch Siedlungen), Bauten aller
Art der Gemeinden und anderer öffentlichen Körperschaften,
Umbauten, Gartenanlagen, Friedhofgestaltungen, Grab- und
Kriegerdenkmäler je nach Sachlage mit oder ohne zeichnerische
Verdichtungsvorschläge, ferner auf die Erteilung von Auskünften
und Abgabe von Gutachten über künstlerische und technische
Einzelfragen, über alte und neue Bauweisen, auch über Kon-
struktionsarten und Sparbauweisen und über Haus Schäden, so-
wie über Kostenanschläge. Für Fragen aus dem Gebiete der
Statistik und des Eisenbahnbetriebs, sowie der Heizung-
und Lüftungstechnik sind Sonderfachverständige bestellt. Zur
Beratung stehen ihr zur Verfügung eine Handmustersammlung
von Materialien und Halbfabrikaten, eine Vorlagenammlung,
die ständig erweitert wird, und deren einzelne Blätter zum
Selbstkostenpreis abgegeben werden, eine Sammlung von Katalo-
gen, Preislisten, Verträgen, Bedingungen und dergl., eine
Richtbilder- u. Diapositivensammlung, eine umfangreiche Bibliothek
und eine Modellwerkstätte, deren Modelle auf Wunsch aus-
geliehen und käuflich abgegeben werden. Im Zeichenaal der
Beratungsstelle können mit deren Unterstützung Entwürfe aus-
gearbeitet werden. Die mündliche oder telephonische Beratung
erfolgt während der Dienststunden gebührenfrei. Für schrift-
liche und zeichnerische Arbeiten werden mäßige Gebühren er-
höhen. Für Beratungen an Ort und Stelle werden neben einer
Beratungsgebühr die Selbstkosten für die Reise in dem Gebäude
Kanzelstraße 34, 2. Stock (Gebäude des Württ. Kreditvereins).
Die Dienststunden sind die üblichen. Fernsprechnummer 8500.

Feuerungszulagen für Ruhestandsbeamte.
Die für die aktiven Staatsbeamten vorgesehene Erhöhung
der Feuerungszulagen wird gemäß Art. 5 Abs. 4 des Pen-
sionsergänzungsgesetzes auch eine Erhöhung der Feuerungszu-
lagen der Ruhestandsempfänger und der Hinterbliebenen mit
Wirkung vom 1. August 1921 zur Folge haben. Die in Be-
tracht kommenden Klassen haben Besetzung erhalten, die erhöhten
Feuerungszulagen sobald als möglich auszubehalten. Für die-
jenigen Altersrentner und Witwen, für die der Zuschuss des
Pensionsergänzungsgesetzes noch nicht eingewiesen ist und für
die daher der Feuerungszuschlag des Art. 5 Abs. 1 dieses Ge-
setzes noch nicht berechnet werden kann, ist die Bezahlung eines
weiteren Zuschusses von jährlich 1000 M. mit Wirkung vom
1. August 1921 angeordnet worden.

Wetter für Samstag und Sonntag.
Eine neue Störung bringt von Norden nach Süddeutschland vor.
Am Samstag und Sonntag ist kühleres und zeitweilig regnerisches
Wetter zu erwarten.

Wetter für Samstag und Sonntag.
Eine neue Störung bringt von Norden nach Süddeutschland vor.
Am Samstag und Sonntag ist kühleres und zeitweilig regnerisches
Wetter zu erwarten.

Feuerungszulagen für Ruhestandsbeamte.
Die für die aktiven Staatsbeamten vorgesehene Erhöhung
der Feuerungszulagen wird gemäß Art. 5 Abs. 4 des Pen-
sionsergänzungsgesetzes auch eine Erhöhung der Feuerungszu-
lagen der Ruhestandsempfänger und der Hinterbliebenen mit
Wirkung vom 1. August 1921 zur Folge haben. Die in Be-
tracht kommenden Klassen haben Besetzung erhalten, die erhöhten
Feuerungszulagen sobald als möglich auszubehalten. Für die-
jenigen Altersrentner und Witwen, für die der Zuschuss des
Pensionsergänzungsgesetzes noch nicht eingewiesen ist und für
die daher der Feuerungszuschlag des Art. 5 Abs. 1 dieses Ge-
setzes noch nicht berechnet werden kann, ist die Bezahlung eines
weiteren Zuschusses von jährlich 1000 M. mit Wirkung vom
1. August 1921 angeordnet worden.

Feuerungszulage im Monat) ergäbe einen jährlichen Mehr-
aufwand von 12 762 000 M.
(CVV) Heilbronn, 14. Sept. Der hiesige Wohnungsverein
A.G. erstellt am Südhang der Kleiner Höhe zwei Reihenhaus-
werkhäuser mit zusammen 60 Wohnungen, die bereits im Roh-
bau fertig sind. Der Siedlungsverein erbaut 41 Siedlungs-
häuser, die zum Teil auch im Rohbau fertig sind. Beide Sied-
lungen sollen noch vor Beginn des nächsten Frühjahrs bezugs-
fähig sein. Die Siedlungsgenossenschaft hat 12 Wohnungen in
der Nähe des Lehrerseminars erstellt. Auch sie sind im Roh-
bau fertig. Außerdem werden noch verschiedene Einzelhäuser
durch Architekten und Baugeschäfte erstellt, sodas insgesamt
175 Wohnungen zur Verfügung stehen werden.

(CVV) Gmünd, 14. Sept. Der ortsanartige Sturm am
Montag ist einem der im Entstehen begriffenen Häuser der
Gmünder Siedlungsgesellschaft zum Verhängnis geworden.
Er setzte ihm derart zu, daß das ganze Fachwerk des oberen
Stockes samt dem Gerippe des Daches losgerissen, gedrückt
und herabgeschleudert wurde. Glücklicherweise war gerade Mittags-
pause, sonst hätte es den am Bau beschäftigten Arbeitern schlimm
ergehen können.

(CVV) Blaubeuren, 15. Sept. Die kapitalkräftigen Bauern
der Gemeinde Nellingen, die Besitzer der benachbarten umfang-
reichen Hofgüter Uhen und die großen Bauern der ins Ober-
amt Geislingen zählenden Gemeinde Dypingen haben sich zu
einer ca. 150 Mitglieder umfassenden Genossenschaft vereinigt
und im Laufe dieses Sommers am Bahnhof Nellingen ein mäch-
tiges vierstöckiges Mühlenanwesen erstellt, das unter dem Na-
men Genossenschaftsmühle Nellingen-Dypingen eGmbH, in Be-
trieb genommen worden ist. Zum Antrieb des drei Viertel
automatischen Werks dient ein 25 PS. Elektromotor. Die Be-
zugsfähigkeit der Mühle ist auf 50-60 Zentner pro Tag mit
12 Stunden berechnet. Das zu ihrer Erstellung und Einrichtung
aufgewendete Kapital mag sich auf 1 Million M. belaufen.

(CVV) Leutkirch, 14. Sept. Am Montag morgen um 6 1/2
Uhr war hier ein prächtiger Regenbogen mit Nebenregenbogen
sichtbar.

(CVV) Vom Bodensee, 14. Sept. Ein Franzose kam
abends in die Weinshube Auer in Konstanz und verlangte, Wein
zu trinken. Der Weinhändler bedeutete ihm, daß er keine Ver-
rechtligung habe, nach 7 Uhr Wein zu verkaufen. Der Fran-
zose bestand trotzdem auf seinem Verlangen, worauf es zwi-
schen den Beiden zum Wortwechsel und schließlich zu Tätlich-
keiten kam. Zufällig kam das Mitglied des hiesigen Athleten-
clubs Jech dazu und schlugerte die Beiden, da er den Weinhändler
in der Dämmerung nicht sofort erkannte, kurzerhand
auf die Straße. Der Franzose zog dort einen Revolver und
gab einen Schuß auf Jech ab, der diesen in den Rücken traf.
Jech kam noch bis zur bayrischen Bierhalle, wo er zusammen-
brach. Die Kugel war von hinten in den Körper eingedrungen
und blieb in der Bauchwand stecken, wo sie entfernt werden
konnte. Sie hatte die ganze rechte Körperhälfte durchschlagen,
ohne jedoch eblere Teile zu verletzen. Der Täter, der angeb-
lich Beamter der französischen Präfektur in Paris zu sein und
mit seiner Familie in einem hiesigen Hotel wohne, konnte verhaftet
werden. Auf der Polizeiwache verurteilte der Festgenommene
dann noch einen Aufritt.

Kirchliche Nachrichten.
Evangelischer Gottesdienst.
17. Sonntag nach Trin. 18. Sept. 1921. Vom Turm: 446.
8 Uhr: Frühpredigt; Defan Jeller. 9 1/2 Uhr: Hauptgottesdienst;
Predigt: „Hinaus geht Christi Weg“; Stadtpfar-
verweser Josenhans. 10 1/2 Uhr: Sonntagschule. 1 Uhr: Chri-
stenlehre; Söhne, jüngere Abteilung. Montag, 19. Sept.: 8 Uhr
im Vereinshaus Vortrag von Pfarrer Dr. Ströle: Wie gewin-
nen wir ein lebendiges evangelisches Gemeindeleben?
Katholische Gottesdienste.
Sonntag, den 18. Sept. 8 Uhr: Frühmesse; 10 Uhr: Pre-
digt, Amt und Christenlehre. 12 Uhr: Andacht. Montag: 8 Uhr
Gottesdienst in Liebenzell. Mittwoch: 1/9 Uhr: Gottesdienst
in Bad Teinach.
Gottesdienste der Methodistengemeinde.
Sonntag, den 18. September: vorm. 10 Uhr Predigt,
Föhler; 11 Uhr: Sonntagschule; abends 8 Uhr: Predigt, Bö-
gele. Mittwoch: 8 Uhr: Bibelstunde, Föhler.
Stammheim.
Sonntag, 18. Sept.: vorm. 10 Uhr Predigt, Bögele, nachm.
halb 2 Uhr: Kinderfest. Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Bibelstunde,
Bögele.

Büchertisch.
„Der Schwäbische Bund“, eine Monatszeitschrift aus Ober-
deutschland (Verlag „Der Schwäbische Bund“ Strecker u. Schrö-
der Gmbh. Stuttgart), bringt diesen das Septemberheft (Heft
12) zur Ausgabe. Aus dem reichen Inhalt, den viele gut we-
bergebene Abbildungen zieren, erwähnen wir u. a.: Heinrich
Schäff „Vom Lebenswiderspruch“; Prof. Dr. v. Pistorius,
Staatsminister a. D., „Feuerung oder Gelbentwertung“; Josef
Rist, „Zum Dantefest 1921“, Nachdichtungen aus der Vita
nuova; G. S. Urff, „Babische Volkstrachten“; Dr. Theodor
Heuß, „Ludwig Pfau zu seinem 100. Geburtstag“; Dr. Hans
Dehler, Basel, „Die Schweiz und der Völkerverbund von Bär-
sailles“; Dr. Franz Thiel, „Das Geschäft ohne Seele. Ein
Brief an Hermann Lieh“; Georg Mayer, Mörites, „Feuer-
reiter“; eine expressionistische Ballade; Ehrliche Weiltage sind
von Eduard Lieb, Otto Lind und Georg Schmückle er-
schienen. Wir empfehlen das gebaltvolle Heft, mit dem diese
treffliche Zeitschrift ihren 2. Jahrgang beschließt, auf das An-
gelegenlichste unseren Lesern.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Dellshäger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.
Es wird hiermit auf Ziffer 1 der Bekanntmachung des
Minist. des Innern vom 1. 9. 21 über die
**Einstellung der Gewährung
von Baudarlehen
zum Wiederaufbau abgebrannter Gebäude**
(Staatsanz. Nr. 207) aufmerksam gemacht, welche lautet:
Das Ministerium des Innern hat seither auch zum
Wiederaufbau abgebrannter Wohngebäude nebst Stallungen
öffentliche Zuschüsse (Baudarlehen) in solchen besonderen
Fällen verwilligt, in denen die von der Gebäudebrand-
versicherungsanstalt geleisteten Entschädigungen bei den
heutigen Baupreisen zum Wiederaufbau nicht ausreichen.
Nunmehr ist jedoch durch das Gesetz vom 27. April 1921
(Reg. Bl. S. 207) und die Ministerialverordnung vom 19.
Mai 1921 (Reg. Bl. S. 242) den Gebäudeeigentümern die
Möglichkeit eröffnet, durch Eingebung einer Feuerungs-
versicherung sich volle Entschädigung zu sichern. Damit
fällt der Grund für die zusätzliche Gewährung von Bau-
darlehen hinweg. Die Gebäudeeigentümer, die von der
Feuerungsversicherung keinen Gebrauch machen, tun
dies auf eigene Gefahr.
Auskunft über die Feuerungsversicherung wird jederzeit
durch das Stadtschultheißenamt Calw erteilt.
Calw, den 13. September 1921.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Altbulach, den 15. September 1921.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise inniger Teil-
nahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau,
unserer lieben Mutter
Karoline Gaifer
geb. Mann
Sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Gatte: Fritz Gaifer
mit Kindern.

Vergebung von Bauarbeiten.
Für den Neubau der Genossenschaftsmühle in Althengstett haben wir die
**Schreiner-, Glaser-, Schlosser-
und Maler-Arbeiten**
zu vergeben.
Die Unterlagen liegen vom Samstag, den 17. Septbr.
bis Freitag, den 23. Septbr. auf dem Rathaus in Althengstett
auf. Die Angebote sind bis spätestens Freitag, den
23. September 1921 vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus
in Althengstett abzugeben, woselbst auch die Vergabung
stattfindet.
Bauverratungsstelle des Verbandes landwirtschaftlicher
Genossenschaften Stuttgart.

Zimmer-Gesuch.
Am 1. oder 15. Okt.
möbliertes
Zimmer
zu mieten gesucht.
Angebote unter L. N.
215 an die Gesch. ds. Bl.


Alle Musikinstrumente
für Haus und Orchester von
den einfachsten Schiffer- bis
zu den feinsten Künstler-
Instrumenten, aller Zubehöre,
Saiten u. s. w. in reicher
Auswahl empfiehlt
Maxhaus Curtz,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkadenriedleisch-Rohbrücke
Gehandelt Einzelverkauf
Ausführung auf Reparaturen
und Schwestern.

**Mitteilungen
Rechnungen**
erhalten Sie rasch in der
A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei Calw.

Wolfshund
auf den Namen „Wächter“
gehend, hat sich
verlaufen.
Abzugeben gegen Belohnung
bei
E. Sannwald, Calw.

Alle Hausfrauen
kaufen Triumph-Möbel-Putz
Wunderschön
Stets staubfreie, prachtvolle
Möbel.
Georg Pfeiffer, Calw;
Fr. Lamparter, Calw;
R. Otto Binçon, Calw.

Haararbeiten
fertigt rasch
J. Obermatt, Friseur
Wer übernimmt
15 Zentner
Birnen
zum Dörren?
Röhm-Dalkolmo.

8-10 Zentner
Heu
hat zu verkaufen.
Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Meine
Modellhut - Ausstellung
ist eröffnet
und lade ich zu deren Besichtigung ergebenst ein
Emilie Dollinger, C. Kleinbub.
vormals
Aeltere Hüte werden bei pünktlicher Bedienung nach den
neuesten Formen umgearbeitet und fassoniert.

**Bez. Lehrer-Verein
Calw.**
Samstag, 17. September,
präzis 3 Uhr
Gefangsprobe
bei Weiß (Dreis) damit ver-
bunden
Abchied
von Kollege Hirth-Alzenberg
1/25 Uhr **Vortrag**
von H. E. Fauth, stud. phil.
im Mädchen-Schulgebäude,
Lokal von H. Hptl. Wörner.
E.



Neubulach.
Achtung! :- Achtung!
Habe meine
**Original-Sicherheits-
Schaukel**
am Sonntag, den 18. September
aufgestellt, wozu höflichst einladet
der Besitzer: L ä m m e r e r.

Es ist nicht notwendig,
den jeweiligen Viertel-
jahrwechsel abzuwarten
um das Calwer Tagblatt
dann zu bestellen, nein,
täglich nehmen unsere
Austräger, unsere Ge-
schäftsstelle, die Post-
ämter und Poststellen im
Bezirk Bestellungen auf
unsere Zeitung entgegen!

M. Brockmanns ZWINGELMÄRKCHEN

Pakete 1/2 kg Mk. 2.50
" 1 " " 4.75
" 2 1/2 " " 11.50
Jute Sack 20 " " 60.50
Ritterdrogerie Calw.
Der echte Natriumsalz-Fruitenkalkendrogen

Für den nahenden Herbst
ist jetzt die allerbeste
und günstigste Zeit Re-
klame zu machen. — Prak-
tische Geschäftsleute wissen, daß es
zur Gewinnung neuer Kunden kein
besseres und bequemeres Mittel gibt als die
Anzeigen = Reklame!
Voraussetzung ist aber, daß man damit
zur rechten Zeit beginnt. Die Reklame
in der Tageszeitung ist das beste
Mittel zur Steigerung des
Umsatzes. Versuchen Sie
es mit einer Anzeige
im Calwer Tagblatt.

Bad Liebenzell.
Sonntag, 18. September abends 8 Uhr im Adleraal
auf vielseitigen Wunsch nochmals
Konzert
von dem **Schambachtaler-Trio.**
Erstklassiges Zitherkonzert, Original Dachauer Bauern-
komik, Pöffen und Gebirgsliedern. Neues Programm.
1. Platz (nummeriert) 5 M., 2. Platz 3 M.
Vorverkauf bei Herrn Vott, Gasthaus zum „Adler“.
Nachmittags von 4-6 1/2 Uhr
Konzert mit Tanz-Einlagen
in Unterreichenbach Löwenaal Eintritt
Mark 2.50.

Einen wirklich bekömmlichen, bil-
ligen und erfrischenden Haus-
trunk bereiten Sie sich aus
Apfelico-Mostanfas
zur Verbesserung und Streckung
von Apfelmot und Beerens-
wein vorzüglich geeignet.
Nur
Ritterdrogerie Calw

Oberflesien
vermietet und geplündert von polnischen Horden,
der notwenigsten Lebensmittel u. Kleidung beraubt,
hungert.
Es ist dringend nötig durch **Sammlung
unverderblicher Lebensmittel**
den bedrängten Volksgenossen im Südoften zu helfen.
Alleinige Lebensmittel-Sammelstelle für Würt-
temberg: Vereinigte Verbände heimatreuer
Oberflesier, Stuttgart, Neuer Bahnhof,
Eingang IVA, Ludwigsburgerstr., Fernspr. 7016.

Fahrpläne für den Bezirk Calw
erhältlich das Stück zu 50 g
in der Geschäftsst. ds. Blattes
Zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Haus sucht
auf 1. Oktober.
Frau Direktor Schmid,
Calw, Leberstraße 160.

Stetiges, ehrliches
Mädchen,
das womöglich schon gebildet
hat, wird gesucht von
Frau Julius Seeger,
Wirtschaft u. Bäckerei.
Gesucht in alkoholfreies
Restaurant nach Stuttgart
ehrliches

Mädchen
bei hohem Lohn. Gelegen-
heit das Kochen zu erlernen
ist geboten.
Näheres in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes und
beim Arbeitsamt.

Mädchen
gesucht,
nicht unter 20 Jahre alt, das
etwas kochen kann u. Lust
hat sich in der bürgerlichen
Küche zu vervollständigen,
findet sofort oder zum 1.
Oktober Dauerstellung.
Erholungsheim
Ludwigsburg
Bad Liebenzell.

Chaiselongue
mit oder ohne Decke
billig zu verkaufen.
Leberstraße 98 I. Etod.

Kaffee
in bekannt guter
Mischung.
roh und jede
Woche frisch
gebrannt
empfehlen
C. Serva
Fernspr. Nr. 120

Knecht-Gesuch.
Suche für sofort oder
14 Tagen einen tüchtigen

Knecht
für Langholzfahrtwerke
freier Kost und Wohnung
Lohn nach Uebereinkunft.
G. Rentschler, Brunbad

**Kaufe ständig
Fleisch**
von
gefallen. Vieh
jeder Art, zu
Fischfütterzwecken
Ankauf amtlich erlaubt.
H. Gropp, Rohrbach
Magold. Telefon 6

Nr. 217.
Berlin, 17. Septbr.
Freie von den
Dr. Schweger
Staatskommissar
der Kapitulaten
sei ein Eingriff
genutzt, daß
ren, gegen die
Reichsanzler Dr.
wahrungsauschuß
lung zu dessen
fort nach der
schen Regierung
Schwegers gege-
liege, wie in p
nicht an der
handlungen zw
lung des Belag
In der „Fre
drei Wege zur
1) Aufhebung d
Landesregierung
Der erste und
noch der dritte
Reichspräsident
Recht der Auf
Nach Blätter
Kolkspartei mit
Ministerpräsident
Die „Ger
Die „Germa
des Stretis bei
objektiven Beob
Sachn. Die da
Die Reichsregie
einer Verständig
gung wäre ohne
bayerische Regie
in bessere Zust
Berlin, 17. S
war“ schreibt die
kanzler handele!
die Voraussetzun
lagerungszustand
der nötigen Sch
die verfassungsm
bedenke man, daß
werde, wenn der
ordlichen Anordn
Autorität haben
gipfen.
Eindern
München, 15.
ber, nachmittags
Wahl des Mini
Eine Erk
zu den Ent
München, 16.
digen Landtags
men der bayerisch
des Reichsanzles
schusses des Reich
höchste Beamte de
das vom Vorhän
München und vo
hereinfällt. Den
öffentliche Ordn
höchst leichtfertig
kanzler diesen Be
vorher zu vergew
ihm unerfindlich,
wiederholten Ver
Verhältnisse zw
reimen lasse. Zu
nach den bisher
hefte, vom Vorh
ten. — Die Ent
Möglichkeit wieder